



## Tischvorlagen

TOP 2.1	Umbesetzung des Regionalbeirats KSK; Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2023	A (Tischvorlage)
TOP 3	Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2024 durch den Bürgermeister  (Resolution „Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen“ vom 25.09.2023; Antwortschreiben von Herrn Jochen Ott MdL für die SPD-Fraktion im Landtag NRW vom 29.11.2023; Antwortschreiben von Herrn Dr. Bernd Schulte, Staatssekretär und Amtschef der Staatskanzlei des Landes NRW vom 28.11.2023)	B (Tischvorlage)
TOP 6.1	Aktueller Stand Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“	18 A (Tischvorlage)



## Beschlussvorlage

**Amt:** Amt für Steuerungsunterstützung  
**Vorl.Nr.:** V/2023/4238  
**Datum:** 04.12.2023

TOP: 2.7  
Anlage Nr.: A

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Rat	04.12.2023	öffentlich

### Tagesordnung

Umbesetzung des Regionalbeirats KSK;  
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.12.2023

### Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Hennef (Sieg) beschließt die Umbesetzung entsprechend des Antrages der SPD-Fraktion vom 04.12.2023.

### Begründung

Gemäß §§ 50 und 58 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein – Westfalen bildet der Rat die Ausschüsse und regelt deren Zusammensetzung.

Regelung für das Nachwahlverfahren der Vertreter der vom Rat gebildeten Ausschüsse:  
Nach § 50 Abs. 3 Satz 7 i. V. m. § 50 Abs. 2 GO NRW wählen die Ratsmitglieder auf Vorschlag der Fraktion, welcher das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger. Gewählt ist die vorgeschlagene Person, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Der Bürgermeister hat kein Stimmrecht.

Regelung für das Nachwahlverfahren der Vertreter der Gemeinden in Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen im Sinne von § 113 GO NRW:  
Nach § 50 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. § 50 Abs. 2 GO NRW wählt der Rat den Nachfolger einer Person die vorzeitig aus dem Gremium ausscheidet, für das sie bestellt oder vorgeschlagen worden war, durch offene Abstimmung oder durch die Abgabe von Stimmzetteln. Gewählt ist die vorgeschlagene Person, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Der Bürgermeister hat Stimmrecht.

Hennef (Sieg), den 04.12.2023

Mario Dahm  
Bürgermeister

## Schwitters, Stefan

---

**Von:** Hanna Meyer <hanna\_meyer@yahoo.de>  
**Gesendet:** Montag, 4. Dezember 2023 00:28  
**An:** Ratsbuero  
**Cc:** Henning Herchenbach; SPD, Fraktion  
**Betreff:** [EXTERN] Umsetzungsantrag Regionalbeirat KSK

**ACHTUNG:** Externe E-Mail - Öffnen Sie ungeprüft keine Links oder Anhänge!

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragen wir folgende Umsetzung des Regionalbeirats der Kreissparkasse Köln:

Dirk Schlömer wird durch **Gerald Steinmetz** ersetzt.

Vielen Dank im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

*Hanna Nora Meyer*  
(Fraktionsvorsitzende SPD Hennef)



## Hennefer Klimacheck

### Klimawirksamkeit von Beschlüssen

Einordnung des Beschlusses:

- 1. Der Beschluss ist rein administrativer Natur und entfaltet eindeutig keine Auswirkungen auf das Klima
- 2. Der Beschluss hat eine städtebauliche Planung oder die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens zum Ziel
- 3. Sonstige Beschlüsse

Gremium

Rat

Datum der Sitzung

04.12.2023

Titel der Vorlage

Umsetzung des Regionalbeirats KSK Antrag der SPD-Fraktion 04.12.2023

Die Auswirkungen des Beschlusses im Hinblick auf seine Auswirkungen auf das Klima wurden geprüft. Ergebnis:

**Es sind keine Auswirkungen auf das Klima zu erwarten.**



Tischvorlage zu TOP: 3

Anlage Nr.: B

EINGEGANGEN

30. Nov. 2023



Jochen Ott MdL  
Fraktionsvorsitzender

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

T 0211.884-22 25  
F 0211.884-20 56  
jochen.ott@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn Bürgermeister  
Mario Dahm  
Stadt Hennef  
Postfach 1562  
53762 Hennef

29.11.2023

### Resolution zur Finanzausstattung der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrte Herr Bürgermeister Dahm,  
lieber Mario,

vielen Dank für die Übersendung der Resolution des Rats der Stadt Hennef.

Die Anliegen der Resolution teilen meine Fraktion und ich. Sowohl der Brandbrief der 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an den Ministerpräsidenten, eine Vielzahl an darüber hinausgehenden Hilferufen aus Städten, Gemeinden und Kreisen als auch unzählige Resolutionen aus kommunalen Vertretungskörperschaften (so nicht zuletzt aus dem Rhein-Sieg-Kreis) zeichnen ein zutreffend düsteres Bild der kommunalen Finanzlage. Hierin ist eine schier unüberwindbare Herausforderung für die Kommunen zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erkennen.

Die Kommunen sind – das haben gerade die vergangenen krisenhaften Situationen gezeigt – Garanten für das Funktionieren von staatlichen Aufgaben. Insofern kann es nicht akzeptiert werden, wenn Städte und Gemeinden in dauerhafte Schieflage geraten.

Wir sind der Auffassung, dass haushaltsrechtliche Maßnahmen lediglich kosmetische Hilfen sein können. Wie die Möglichkeit der Bilanzierungshilfe nach dem NKF-CIG bzw. CUIG handelt es sich auch bei den nunmehr von der Landesregierung vorgeschlagenen Veränderungen im kommunalen Haushaltsrecht nur um Tricksereien. Diese helfen lediglich dabei, die kommunalen Haushalte auf dem Papier über eine Zeit – vermutlich die Kommunalwahl im Jahr 2025 – zu retten. Die substantziellen Probleme werden dadurch nicht angegangen, geschweige denn gelöst. Die Veränderungen sind darüber hinaus dazu

#SozialerFortschritt  
Für die Vielen,  
nicht die Wenigen.



geeignet, die Idee des NKF konzeptionell zu verwässern und die Problemlage der Kommunen zu verschleiern.

So schlummern in den kommunalen Bilanzen laut einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktion hochgerechnet zwischen sechs und zehn Milliarden Euro „isolierter“ Finanzschäden über das NKF-CIG/CUIG (vgl. Drucksache 18/6400). Diese Finanzschäden sind jedoch real und werden sich in vielen Kommunen in hohen Abschreibungen niederschlagen. Es ist davon auszugehen, dass diese „isolierten“ Finanzschäden die strukturellen Benachteiligungen finanzkraftschwächerer Kommunen weiter verstärken.

Aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion braucht es echte, zusätzliche Finanzmittel, die unsere Kommunen in die Lage versetzen, die Aufgaben, die ihnen von Land und Bund übertragen werden, vernünftig und im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu erledigen.

Dies aufgreifend, sieht die SPD-Landtagsfraktion dringenden Handlungsbedarf und hat im Landtag dazu drei Kernpunkte für eine Verbesserung der kommunalen Finanzlage vorgeschlagen. So sprechen wir uns für eine Erhöhung des kommunalen Anteils an den Verbundsteuern (Verbundsatz) von derzeit 23 auf zunächst 24 Prozent aus. Eine Evaluation und Konsolidierung der Landesförderprogramme soll mit dem Ziel erfolgen, Mittel für eine weitere Erhöhung des Verbundsatzes auf dann 25 Prozent zu generieren. Aus unserer Sicht braucht es weiter eine weiterentwickelte Neuauflage des Stärkungspaktes Stadtfinanzen für besonders von strukturellen Herausforderungen betroffenen Kommunen. Darüber hinaus sehen wir die dringende Notwendigkeit einer Landeslösung für die kommunalen Kassenkredite. NRW ist das letzte Bundesland mit besonders hoch mit Kassenkrediten verschuldeten Kommunen, das keine Lösung umgesetzt hat. Wir sehen auch die Verantwortung des Bundes bei dieser Frage und setzen uns auf allen Ebenen für eine Bundesbeteiligung ein. Die hierfür notwendige Grundgesetzänderung macht jedoch eine Zustimmung insbesondere von der Fraktion von CDU/CSU sowie von zwei Dritteln der Bundesländer nötig.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott



EINGETRAGEN

04. Dez. 2023

An den  
Bürgermeister  
der Stadt Hennef  
Herrn Mario Dahm  
Postfach 1562  
53762 Hennef

28. November 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28. September 2023, mit dem Sie der Landesregierung eine Resolution des Rates zur Finanzausstattung der Kommunen übersandt haben.

Als Landesregierung ist es fortdauernd unser ureigenes Interesse, die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen sicherzustellen. Mir ist dabei bewusst, dass die Herausforderungen angesichts zurückgehender Steuereinnahmen einerseits und steigender Kosten andererseits aktuell besonders hoch sind.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir alle Möglichkeiten zur Entlastung der Kommunen ergreifen werden, die im Hinblick auf die Situation des Landeshaushalts machbar sind.

Ihr Schreiben habe ich, Ihr Einverständnis voraussetzend, an das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung weitergegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bernd Schulte



# Mitteilung

**Amt:** Amt für Steuerungsunterstützung  
**Vorl.Nr.:** M/2023/0895  
**Datum:** 04.12.2023

TOP: 6.1  
Anlage Nr.: 18A

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Rat	04.12.2023	öffentlich

## Tagesordnung

Aktueller Stand Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten,“

## Mitteilungstext

Die Stadt Hennef ist mit Beschluss des Rates vom 14.03.2022 der Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beigetreten. Zielsetzung der Initiative mit derzeit 1011 Städten, Gemeinden, Landkreisen und ein Regionalverbänden ist eine Reform des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung hin zu mehr Einflussmöglichkeiten für die Kommunen zur Gestaltung der Verkehrswende vor Ort, vor allem hinsichtlich einer erleichterten Anordnung von „Tempo 30“ in bewohnten Gebieten, aber etwa auch von Fußgängerüberwegen, im Hinblick auf städtebauliche Aspekte und den Klimaschutzzielen.

Im Nachgang zur Sitzung des Bundesrates vom 24.11.2023 und der Ablehnung der vom Bundestag beschlossenen Änderung des Straßenverkehrsgesetzes durch die Mehrheit der Bundesländer veröffentlichte die Initiative folgende Stellungnahme:  
*Straßenverkehrsrechtsreform im Bundesrat gescheitert*

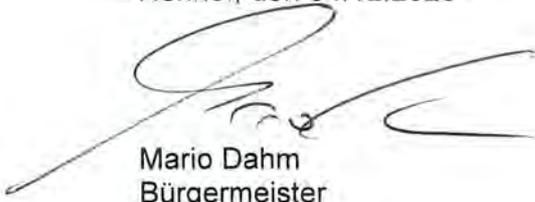
*Der Bundesrat hat heute die vom Bundestag beschlossenen Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) gestoppt. Ohne Mehrheit für das StVG wurde anschließend auch die Entscheidung zur Straßenverkehrsordnung (StVO) von der Tagesordnung genommen. Beide Gesetze können damit nicht in Kraft treten. Die Initiative reagiert mit Enttäuschung auf das Ergebnis.*

*„Wir können den über 1000 Kommunen der Initiative nicht vermitteln, warum weiter verhindert wird, dass Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung ins Straßenverkehrsrecht aufgenommen werden“, erläutert Thomas Dienberg, Sprecher der Initiative und Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig. „Jetzt müssen schnell Lösungen her, damit der enttäuschende Umgang mit dem Straßenverkehrsrecht nicht seinen Teil zur Politikverdrossenheit beiträgt.“*

*„Die geplante Straßenverkehrsrechtsreform hätte die Forderungen der Kommunen bei weitem nicht alle erfüllt, sondern vor allem künftigen Verbesserungen den Weg geebnet. Dass gerade im Bundesrat dieser schmale Einstieg zur Veränderung keine Mehrheit findet, können die für eine Verkehrs- und Mobilitätswende und für sicheren Straßenverkehr engagierten Menschen sicher nicht verstehen“, ergänzt Frauke Burgdorff, stellvertretende Sprecherin der Initiative und Stadtbaurätin in Aachen. „Aber nun erst recht! Die Initiative wächst weiter kräftig. Wir werden uns mit der Unterstützung unserer Kommunen im Rücken künftig noch mehr ins Zeug legen, damit die Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag bald erfüllt werden.“*

Der weitere Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens bleibt abzuwarten. Bis dahin gelten für die Stadtverwaltung Hennef weiterhin die strikteren Regelungen von Straßenverkehrsgesetz und Straßenverkehrsordnung.

Hennef, den 04.12.2023

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Mario Dahm', written over a horizontal line.

Mario Dahm  
Bürgermeister